1/2020

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr lächelnde und sich freuende Menschen in Deutschland. Das war mein Wunsch für das neue Jahr. Aber mir schwante schon, dass daraus vermutlich nichts wird. Auch konnte man nicht wirklich den Eindruck bekommen, dass zwischen den Jahren die besinnliche Zeit Einzug hielt. Nein, stattdessen schimpfte man über Kinderchöre und Umweltsau-Omas.

Im neuen Jahr ging es gleich ähnlich kurios weiter. Seit dem 1. Januar gilt die Bonpflicht, was beim ersten Gang zum Bäcker jedem aufgefallen sein dürfte. Das Wort Bonpflicht hat aus meiner Sicht schon jetzt die besten Chancen, zum Unwort des Jahres gewählt zu werden. Da werden Plastiktüten verboten, Strohhalme und Kaffeebecher to go abgeschafft. Aber Müllberge aus unnötigen Kassenzetteln sind scheinbar kein Umweltproblem. Von der unsinnigen Bürokratie für die Bäckereibetriebe ganz zu schweigen. Mit ganz besonderem Elan startete auch die neue SPD-Spitze ins neue Jahr. Sie zündete gleich ein ganzes Feuerwerk an Vorschlägen, von denen die meisten nur wenig brauchbar sind. Die Grünen tun es ihr gleich und fordern nun auch noch ein Ausstiegsdatum für Verbrennungsmotoren. Über manche Ideen in der Klima– und Umweltpolitik kann man also nur weiter den Kopf schütteln. Vielleicht ist es aber auch beruhigend, dass sich einige Dinge eben auch im neuen Jahrzehnt nicht ändern.

Die EU stellte dann auch in dieser Woche einen ersten Fahrplan zum Grünen Deal vor. Das einzig Positive: Auch die EU will den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren mit Geldern unterstützen. Das ist gut, denn obwohl das Zerren um den Kohleaussieg nun schon ins dritte Jahr geht, scheinen es immer noch nicht alle begriffen zu haben: Zuerst der Strukturwandel, zuerst die Arbeitsplätze und dann erst der Kohleausstieg! Hier geht es schließlich nicht um irgendwelche Aufsichtsratsposten für die Greta-Jugend. Es geht um Zukunftsperspektiven und Sicherheit für die vielen Menschen vor Ort.

In diesem Sinne sind wir sicher alle gespannt, was die kommenden Wochen und Monate bringen werden.

Ihr

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings. In zweiter und dritter Lesung beschloss der Deutsche Bundestag eine Änderung des Strafgesetzbuches, mit der eine Versuchsstrafbarkeit bei Cybergrooming eingeführt wird. Unter „Cybergrooming" versteht man das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Nach geltendem Recht greift der Straftatbestand des Cybergroomings bisher nicht, wenn der Täter lediglich glaubt, auf ein Kind einzuwirken, tatsächlich aber mit einem Erwachsenen (beispielsweise Eltern oder Polizei) kommuniziert. Um eine wirksame Verfolgung von Cybergrooming zu ermöglichen, wird nun auch eine Versuchsstrafbarkeit geschaffen. Des Weiteren sollen Strafverfolgern, die in kinderpornographischen Foren ermitteln, unter engen Voraussetzungen mehr Möglichkeiten zugestanden werden.

Gesetze zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafrechtlicher Schutz bei Verunglimpfung der Europäischen Union und ihrer Symbole. Beraten wurde eine Änderung des Strafgesetzbuches, welche die Verunglimpfung der Flagge und Hymne der Europäischen Union unter Strafe stellt. Damit soll der für Deutschland und seine Länder, aber auch für ausländische Flaggen bestehende Schutz auch für die Symbole der Europäischen Union eingeführt werden. Mit einem Änderungsantrag wollen die Koalitionsfraktionen zudem § 104 StGB in der Weise ändern, dass künftig das öffentliche Zerstören oder Beschädigen einer ausländischen (z.B. der israelischen) Flagge etwa im Rahmen von Demonstrationen unter Strafe gestellt wird.

Nachhaltige Mobilitätsforschung für die Zukunft – Innovativ, technologieoffen, ressortübergreifend. Mit einem Antrag fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung auf, eine Gesamtstrategie zur Mobilitätsforschung zu erarbeiten. Dadurch sollen die in den einzelnen Ressorts vorhandenen Maßnahmen der Mobilitätsforschung gebündelt und koordiniert fortentwickelt werden. Bestehende Mobilitätsformen (von Mikromobilität, über Sharing-Modelle bis zu ÖPNV-Angebote) sollen mittels moderner Technologien wie beispielsweise der künstlichen Intelligenz effizient verbunden und weiterentwickelt

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

werden. Entscheidend ist dabei nicht eine einzige Antriebsform oder eine Kraftstoffart, sondern ein breiter und technologieoffener Ansatz, bei dem ein hoher Nutzen für Mensch und Umwelt im Mittelpunkt steht.

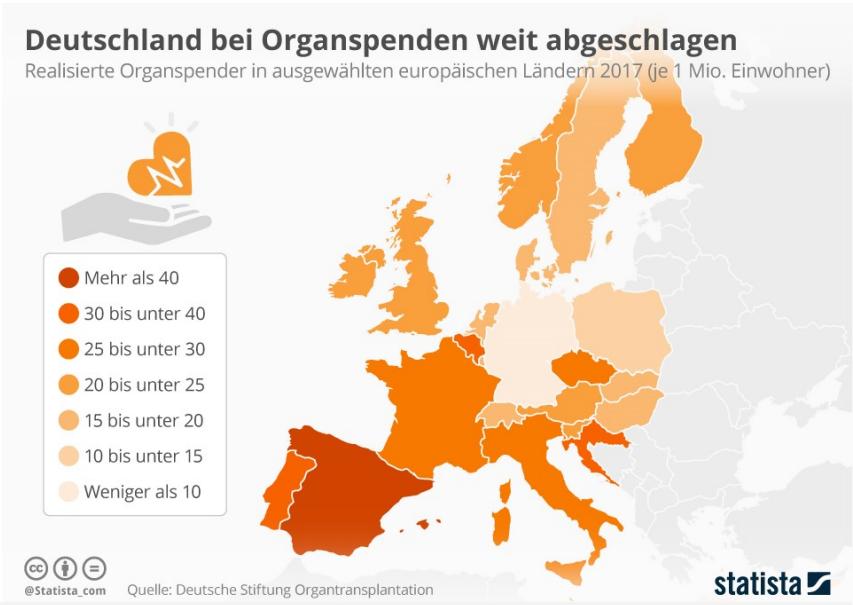
Gesetz zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen. Mit dem Gesetz, welches in zweiter und dritter Lesung beschlossen wurde, wird eine Statistik zu untergebrachten wohnungslosen Personen eingeführt. Darin werden Wohnungslose, die Leistungen zur Unterbringung in Anspruch nehmen, erfasst. Die Erhebung wird zum 31. Januar eines jeden Jahres, erstmals zum 31. Januar 2022, durch das Statistische Bundesamt vorgenommen. Dabei werden künftig Personaldaten, die Art der Unterkunft sowie das Datum des Beginns der Unterbringung erhoben. Künftig soll Wohnungslosigkeit in Deutschland mindestens alle zwei Jahre in einem Bericht unter Einbeziehung von Wissenschaft und Fachverbänden dokumentiert und bewertet werden.

Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019. Der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung dokumentiert die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren. Demnach erwirtschaften 4,7 Millionen Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro, das entspricht rund 6,6 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Etwa jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Ernährungswirtschaft zusammen.

ORGANSPENDE

Widerspruchslösung oder Zustimmungslösung bei Organspenden? Der Bundestag musste das in dieser ersten Sitzungswoche des neuen Jahres entscheiden. Dabei berührt Organspende natürlich sehr grundsätzliche Fragen zum Leben und Sterben, zum Selbstbestimmungsrecht und der Verfügung über den eigenen Körper. Es geht nicht nur um unser eigenes Leben und unsere Gesundheit, sondern auch um das Leben und die Gesundheit Anderer. Gerade deswegen war es wichtig, dass in der Debatte jeder Abgeordnete unabhängig von Fraktionsvorgaben seine persönliche Entscheidung treffen konnte.

Prinzipiell standen zwei Vorschläge zur Auswahl: Die sogenannte **doppelte Widerspruchslösung**, eine Initiative von Gesundheitsminister Jens Spahn, und die **Zustimmungslösung,** für die sich die Mehrheit der Abgeordneten ausgesprochen hat. Ziel ist es, dass sich mehr Menschen mit der Frage auseinandersetzen, ob sie bereit wären, Organe zu spenden. Dies soll unter anderem durch **verstärkte Aufklärung** gelingen. Die Dokumentation der Entscheidung soll erleichtert werden und neben dem klassischen Organspendeausweis wird ein bundesweites Online-Register beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information eingerichtet, in das die Menschen ihre Entscheidung eintragen können. **Hausärzte werden stärker einbezogen** und sollen Patientinnen und Patienten über die Organspende beraten. **Auch bei Ausweisstellen soll die Möglichkeit geschaffen werden,** die Entscheidung eintragen zu lassen. Zudem wird dort auch auf die weiteren Informations- und Beratungsmöglichkeiten hingewiesen.



Ein Organspender allein kann bis zu sieben Leben retten. Dennoch schieben viele die Entscheidung, selbst einmal Organspender zu sein, auf – oftmals aus Angst vor Missbrauch oder im Glauben, gar nicht als Spender in Frage zu kommen.

Der Vorschlag zur doppelten Widerspruchslösung sah vor, **jeden Bürger automatisch zum Organspender zu machen, der nicht zu Lebzeiten ausdrücklich widersprochen hatte.** Dies hätte zu jeder Zeit und ohne Angabe von Gründen ganz einfach im Organspenderegister erfolgen können.

Die grundsätzliche theoretische Spendenbereitschaft der Menschen ist bereits recht hoch. Nun muss erreicht werden, dass es diesen Menschen erleichtert wird, sich gezielt mit der Thematik auseinanderzusetzen, um dann ihre Entscheidung zu registrieren. Es liegt dabei in der Aufgabe des Staates zu informieren und das Vertrauen in die Institutionen und Organisationen wiederherzustellen, welches in der Vergangenheit erschüttert wurde. **Verbesserte Strukturen, gut ausgebildetes Fachpersonal und Transplantationsbeauftragte sowie weitreichendes Vertrauen der Bevölkerung in das Transplantationswesen bewirken einen Anstieg.** Im letzten Jahr haben wir bereits entsprechende Änderungen des Transplantationsgesetzes vorgenommen, die die notwendigen strukturellen und finanziellen Voraussetzungen in den Krankenhäusern schaffen. Nach dieser strukturellen Veränderung streben wir nun an, die regelmäßige Auseinandersetzung mit der Thematik in der Gesellschaft zu fördern. Die Bundestagsdebatte hat dazu ebenfalls beigetragen.

BEGEGNUNGEN

Die gute Tradition, zum Anfang eines jeden Jahres meinen Ortsverband zu besuchen, habe ich auch dieses Jahr beibehalten können. Knapp 30 Mitglieder unseres **Ortsverbandes Dresdner Süden** sind ins Stammhaus der Feldschlösschen Brauerei auf der Budapester Straße gekommen, um mit mir über die aktuellen Entwicklungen der Berliner Republik zu diskutieren und die Rückschlüsse für unser Dresden zu ziehen.

Mit einem gut vorbereiteten Fragenkatalog besuchten mich in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres **Schüler der Oberschule Carl Friedrich Gauß aus Pirna**. Wir sprachen u.a. über die Aufgaben des Bundestages. Hier ging es natürlich vor allem um das Königsrecht des Parlaments – den Bundeshaushalt. Die Schüler schätzen den jährlichen Bundeshaushalt zunächst auf 300 Millionen Euro. Das war natürlich knapp daneben. Es sind 362 Milliarden Euro, die im aktuellen Bundeshaushalt veranschlagt sind. Wo das Geld herkommt, wussten die Schüler dann aber: vom Steuerzahler.

2019 war für die deutsche und europäische Luft- und Raumfahrt ein ereignisreiches und spannendes Jahr. Beim **Neujahrsempfang der Parlamentariergruppe Luft- und Raumfahrt** schauten wir zurück und auf die kommenden Herausforderungen.

Noch im alten Jahr traf ich den **Botschafter der Ukraine in Deutschland, Dr. Andrij Melnyk**. Wir tauschten uns über die europäische Energiepolitik aus.

TERMINE

21.01.2020, Dresden
Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

22.01.2020, Dresden
Besuch des Sonnenstrahl e.V.

23.01.2020, Dresden
Auswahlgespräche mit den Kandidaten für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm PPP

27.01.2020, Berlin
Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb